



syndicom

die zeitung

Nr. 2
10. März 2017

www.syndicom.ch
Gewerkschaft Medien und Kommunikation

AZB 3001 Bern

Adressänderungen sind zu richten an:
syndicom, Adressverwaltung,
Monbijoustrasse 33, Postfach, 3001 Bern

TAMEDIA-BILANZ 2016

Tamedia scheffelt und entlässt

Die Bilanz von Tamedia liegt erneut in Sphären, die kein anderes Schweizer Medienunternehmen erreicht. Angesichts des Ergebnisses von 122 Mio. Franken und einer Gewinnmarge von 20% (Ebitda) bzw. 11,3% (Ebit) fordert syndicom ein Moratorium für weitere Sparmassnahmen. Bereinigt von Sondereffekten, bleibt das Konzernergebnis in der Grössenordnung des Vorjahrs. Neben dem wachsenden Bereich Digital sind trotz schrumpfenden Werbeeinnahmen auch die Printbereiche hochrentabel!

In den vergangenen 10 Jahren erarbeiteten die Angestellten von Tamedia einen kumulierten Gewinn von fast 1,5 Milliarden Franken. Über 400 Millionen davon gingen an die Aktionäre, zusätzlich schöpften Verwaltungsrat und Konzernleitung gegen 100 Millionen ab. 500 Millionen Franken wurden so dem Unternehmen entzogen.

Die fortwährende Schrumpfung der Redaktionen und die wiederholten Massenentlassungen (2016 vorwiegend in der Romandie) sind ebenso haarsträubend wie die 5% Kosteneinsparungen mittels Arbeitszeitverlängerung und Streichung von Vergütungen für die Drucker, die in der Nacht arbeiten müssen, während Verwaltungsrat und Unternehmensleitung wiederum 11,4 Mio. Franken kassierten.

Tamedia muss die Leistungen des Personals anerkennen und Gesamtarbeitsverträge für alle Angestellten aushandeln. Dazu gehört selbstverständlich, dass sich das Unternehmen sofort wieder dem Gesamtarbeitsvertrag für die Druckindustrie unterstellt.

Inserateplattformen sind kein Ersatz für Informationsvermittlung. Tamedia trägt als dominierendes Schweizer Medien- und Druckunternehmen auch gesellschaftlich eine grosse Verantwortung. Die Rückkehr von Tamedia unter den GAV der Druckindustrie muss sofort vollzogen werden, um die Vertragspartnerschaft zu stärken und dem Personal Sicherheit zu geben. Als neuer Präsident des Verbands Schweizer Medien ist es an Tamedia-Verwaltungsratspräsident Pietro Supino, mit den Gewerkschaften noch im laufenden Jahr einen GAV für die JournalistInnen der Deutschschweiz und des Tessins zu verhandeln. Auch die digitalen Abteilungen brauchen Kollektivverträge. (nis)

GRAFISCHE INDUSTRIE

Arbeitgeberverband Viscom blockiert die Allgemeinverbindlichkeit des GAV [Seite 5](#)

ICT

syndicom-Positionspapier zur digitalen Arbeitswelt schafft Basis für neuen GAV [Seite 7](#)

SERVICE PUBLIC

Die Politik setzt der Post beim Poststellen-Abbau endlich engere Grenzen [Seite 9](#)

FRAUENMARSCH

#MakeSwitzerlandPink

Quer durch die Schweiz stricken Frauen rosa Mützen, um damit am 18. März auf die Strasse zu gehen. Die Frauenmärsche in den USA haben die «Pussyhats» als neues Symbol des Widerstands lanciert und die zersplitterte Frauenbewegung unter einen Hut gebracht. [Seite 11](#)



BERICHTE VOM KONGRESS «RECLAIM DEMOCRACY» AUF DEN SEITEN 1-4

Mehr als nur Mitbestimmung

Das Prinzip der Gewinnmaximierung überwuchert immer mehr Bereiche unseres Lebens. Ein Ausweg kann die Demokratisierung der Besitz- und Entscheidungsstrukturen in der Wirtschaft sein. Wirtschafts-Demokratie war denn auch ein Leitthema bei «Reclaim Democracy». [Pascal Zwicky](#)

Tiefe Risse bedrohen die Stabilität unserer Gesellschaft: Konzentration des Reichtums, Dominanz mächtiger Industrie- und Handelskonzerne über die Politik, Diktat der Finanz- über die Realwirtschaft. Auch syndicom ist als Gewerkschaft in Branchen tätig, die gegenwärtig radikal umgekrempelt werden. Die Post baut Schalter und Stellen ab, die grafische Industrie muss sich neu erfinden, der Journalismus wird totgespart. Gemeinhin wird dabei von Strukturwandel gesprochen, von einer alternativlosen Anpassung an die neuen, digitalen Zeiten.

Die Arbeitnehmenden, die, deren Arbeitsplätze abgebaut werden und deren berufliche Identität in Frage gestellt wird, sehen sich meist vor fertige Tatsachen gestellt. Ihnen bleibt das ohnmächtige Gefühl des Ausgeliefertseins.

[Fortsetzung auf Seite 2](#)

Mehr als nur Mitbestimmung

Fortsetzung von Seite 1

Wenn die Digitalisierung alternativlos ist und sich die Unternehmen daran anpassen müssen, um zu überleben – was soll man da machen? Hier kommt Wirtschaftsdemokratie in Spiel – als praxisnaher Baukasten ebenso wie als historisch verankerte Vision, die über den Kapitalismus hinausweist. Als Vision dient Wirtschaftsdemokratie heute zunächst dazu, uns aus dem Gefängnis der Alternativlosigkeit zu befreien und den Blick auf Zusammenhänge zu öffnen, die viel zu oft verschwiegen werden.

DER JOURNALISMUS IST IHEN NICHT MEHR LUKRATIV GENUG

Nehmen wir die Medienbranche als Beispiel. Medienkonzerne wie Tamedia oder Ringier verabschieden sich Schritt für Schritt vom Journalismus, obwohl sie Millionengewinne ausweisen und das Top-Management und die Eigentümer abkassieren. Sie tun es nicht deshalb, weil der Journalismus im 21. Jahrhundert nicht mehr gebraucht wür-

Das Ziel der Profitmaximierung kann transformiert werden zur Orientierung am Gemeinwohl.

de. Sondern weil der kleinen Gruppe von Leuten, die die Entschiede treffen, der Journalismus einfach nicht mehr lukrativ genug ist. Journalismus als vierte Gewalt im Staat? Etwas für Nostalgiker...

Was hat das jetzt mit Wirtschaftsdemokratie zu tun? In einer demokratischen Wirtschaft entscheiden die VertreterInnen des Kapitals nicht mehr alleine. Stattdessen bestimmen die Mitarbeitenden mit – gerade auch auf Ebene des Verwaltungsrates und bei strategischen Fragen, die die Zukunft von Unternehmen betreffen.

Diese Forderung ist Teil eines Positionspapiers der SP Schweiz, das im letzten Dezember verabschiedet wurde. Wirtschaftsdemokratie heisst also im Kern, Betroffene zu Mitbestimmenden zu machen und die kurzfristigen Profitmaximierungsstrategien zugunsten einiger weniger in eine nachhaltige und gemeinwohlorientierte Unternehmenspolitik zu transformieren.

DIGITALISIERUNG ZUR WIRKLICHEN CHANCE MACHEN

Wirtschaftsdemokratie bedeutet nicht, sich den technologischen Innovationen zu verschliessen, zu «Maschinenstürmern» zu werden. Mehr Demokratie in der Wirtschaft ist aber eine zentrale Voraussetzung dafür, dass die Digitalisierung zu einer wirklichen Chance für die Menschen werden kann. Weil die direkt

Betroffenen, die DruckerInnen, JournalistInnen und PösterInnen, diesen Prozess von unten her mitgestalten und Digitalisierung nicht einfach von oben nach Renditekalkülen durchgedrückt wird.

Wie würde sich ein Medienunternehmen wie Tamedia wohl verhalten, wenn es nicht eine börsenkotierte Aktiengesellschaft mit den klassischen Hierarchien wäre, sondern eine Genossenschaft, in der die Mitarbeitenden zusammen mit den anderen GenosschafterInnen (z.B. LeserInnen) die digitale Zukunft des Journalismus gemeinsam verhandeln?

Mehr Demokratie in der Wirtschaft ist per se keine Garantie für eine bessere, eine sozialere und nachhaltigere Wirtschaft. Mitbestimmungsrechte sind aber, wie unsere bekannten Rechte in der politischen Demokratie, als Hebel, als Chancen auf Veränderung zu verstehen. Ob wir die Chancen nutzen, liegt an uns.

WIRTSCHAFTSDEMOKRATISCHE ANSÄTZE IM SERVICE PUBLIC

Beim Thema Wirtschaftsdemokratie geht es um mehr als Mitbestimmung. Es geht um andere Formen des Wirtschaftens, um andere Eigentumsverhältnisse, um soziales und solidarisches Unternehmertum. Mit der Demokratisierung der Wirtschaft soll die dominante Wirtschaftslogik verändert werden: für die Menschen statt für das Kapital.

Der schweizerische Service public bringt – zumindest in Ansätzen – bereits heute einiges mit, was eine zukunftsfähige Wirtschaft braucht. Die Politik hat Möglichkeiten zur Einflussnahme im Sinne des Gemeinwohls, im Verwaltungsrat sitzen Ver-

treterInnen der Mitarbeitenden. Service public steht als übergeordnete Mission anstelle von Profitmaximierung.

Und doch sind auch die Service-public-Unternehmen wie die Post, die Swisscom oder die SBB zu oft zu weit davon entfernt, Vorbilder einer demokratischen Wirtschaft zu sein. Gründe dafür gibt es einige; die ideologisch motivierten Effizienzerwartungen der bürgerlichen Politik gehören dazu. Letztlich steht der Service public exemplarisch für die Herausforderung, mit der sich die Wirtschaftsdemokratie konfrontiert sieht. Wie schaffen wir es, dass die Potenziale einer demokratischen Wirtschaft tatsächlich zum Tragen kommen können

und nicht dauernd durch die sogenannten Sachzwänge einer kapitalistischen Konkurrenzwirtschaft in Frage gestellt oder gar zerstört werden?

«RECLAIM DEMOCRACY» IN DER ARBEITSWELT

Am «Reclaim Democracy»-Kongress in Basel wurde deutlich, dass wir dringend Alternativen zu einem Wirtschaftssystem brauchen, das am Ursprung von steigender sozialer Ungleichheit, Klimawandel, Flüchtlingsmisere und dem weltweiten Erstarken reaktionärer Kräfte steht. Wirtschaftsdemokratie bietet keinen Masterplan dafür, wie genau der Übergang in eine andere Wirtschaft gelingen und wie eine bessere Zukunft aus-



Für die Luft zum Atmen

Rund 1800 Personen haben im Februar am Kongress Reclaim Democracy teilgenommen. Die grosse Beteiligung macht deutlich, wie hoch in unübersichtlichen Zeiten das Interesse an einer übergreifenden politischen Debatte und Orientierung ist. *Beat Ringger*

Auch aktiven GewerkschafterInnen reicht es möglicherweise heute nicht mehr, für mehr Lohn und gute Sozialversicherungen einzutreten, während gleichzeitig Freiheiten und Menschenrechte von autoritären Regimes bedroht werden. Die Wahlerfolge von Orban in Ungarn oder Trump in den USA, Erdogans Marsch in Richtung Diktatur und der drohende Wahlerfolg von Marine Le Pen in Frankreich rütteln nun immer mehr Menschen auf.

In Basel ist während drei Tagen ein breites Spektrum an Themen angesprochen worden,

die mit der gegenwärtigen Krise der Demokratie zu tun haben. Gleich zu Beginn machte eine Live-Schaltung in die Türkei deutlich, was alles auf dem Spiel steht: Eren Keskin, Anwältin und Co-Präsidentin des Menschenrechtsvereins IHD, kämpft gegenwärtig mit 140 juristischen Verfahren, mit denen das Regime sie eingedeckt hat. Sie darf das Land nicht mehr verlassen, und ihr droht lebenslange Haft. Wenn also demokratische Freiheiten abgeschafft werden, geht nicht nur das Recht verloren, sich gegen Unrecht zu wehren. Dann geht nicht nur die Atem-

luft verloren, die Gewerkschaften und Bürgerbewegungen für ihr Schaffen benötigen. Dann geht es auch um die Vernichtung von Existenzen, um Unterdrückung, Willkür und politischen Mord.

AUTORITÄRER, RASSISTISCHER NATIONALISMUS WIRD STÄRKER

Der Zulauf, den die extreme Rechte in vielen Ländern Europas hat, macht deutlich, dass das autoritäre, nationalistische und zum Teil offen rassistische Gift längst auch in unseren Breiten angekommen ist. Alberto Acosta, ehemaliger Bergbau-

minister Ecuadors, plädierte dagegen für eine Linke, die dem Nationalismus die Stirn bietet und sich «Gutes Leben für alle» («buen vivir para todos») auf die Fahnen schreibt. Wir dürfen nicht zulassen, dass wir im alten Spiel der Herrschenden versinken, das da seit eh und je lautet: Teile und herrsche. Hetze Teile der Bevölkerung gegeneinander auf, damit du aus der Schusslinie kommst und unbehelligt Boni und Zockergewinne einstreichen kannst: Nation gegen Nation, Männer gegen Frauen, InländerInnen gegen AusländerInnen, Arbeitende gegen

Arbeitslose, die Menschen in den Ländern des globalen Nordens gegen diejenigen im globalen Süden.

DIE VERHÄLTNISSE UMFASSEND SELBER GESTALTEN

Wie aber soll das gehen mit dem weltweit guten Leben für alle? Das Zauberwort heisst Demokratisierung der Wirtschaft und der Arbeitswelt. Doch das muss konkret ausbuchstabiert werden. Die Kerngruppe des Denknetz Schweiz, das den Kongress in Kooperation mit dem Seminar für Soziologie der Uni Basel und über 20 anderen Organisationen

«Sie dürfen Vorschläge einbringen – mehr nicht»

Der Soziologe Heinz Gabathuler erforscht die Situation der betrieblichen Arbeitnehmervertretungen (ANV) in der Schweizer Privatwirtschaft und hielt am Kongress dazu ein Referat. In den Mitwirkungsrechten sieht er nur zaghafte Ansätze einer möglichen Wirtschaftsdemokratie. [Interview: Nick Manouk](#)



hinausgehen. Je nach Gesprächsbereitschaft kann das ziemlich mühsam oder sehr einfach sein. Wo gibt es welche ANV? Was spielen sie für eine Rolle? Wie kommt ein GAV zustande? Zu diesen Fragen gibt es keine neuen wissenschaftlichen Erkenntnisse.

1994 wurde das Mitwirkungs-gesetz eingeführt. Die Mitwirkung beschränkt sich da im Wesentlichen auf Information und Konsultation.

ANV haben das Recht, regelmässig von der Geschäftsleitung über die Lage des Betriebs informiert zu werden, insbesondere auch über die Beschäftigungslage. Sie dürfen Vorschläge einbringen bei einigen klar definierten Themenfeldern wie Arbeitszeitregelung, Unfallverhütung, Gesundheitsschutz – mehr nicht. Echte Mitbestimmung gibt es nur bei Fragen der beruflichen Vorsorge. Die Mitbestimmungsinitiative der Gewerkschaften wurde 1976 vom Volk abgelehnt. Sie hatte unter anderem gefordert, dass ANV auch in Verwaltungsräten Einsitz nehmen dürfen.

Immerhin kam vor drei Jahren die Mitbestimmung bei Sozialplänen dazu.

Bei Massentlassungen muss das Vorgehen seit 2014 gemeinsam mit der ANV vereinbart werden. Es kann allerdings mühsam sein, bis sich Arbeitgeber und Arbeitnehmer einigen. In GAV ist das meist klarer geregelt, wo Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände eingeschaltet werden können. Überhaupt ist die Realität betrieblicher Mitwirkung in der Schweiz in wichtigen Branchen stärker durch GAV als durch Gesetze geprägt. In GAV werden oft arbeitsrechtliche Normen definiert, die über das Gesetz hinausgehen, und

man findet zum Thema Mitwirkung interessante zusätzliche Regelungen, vor allem in jenen Branchen, wo ANV seit langem verankert sind.

Ein ungelöstes Problem bleibt aber der mangelnde Kündigungsschutz.

Die besten Mitwirkungsrechte nützen nichts, wenn ArbeitnehmervertreterInnen Repressalien und missbräuchliche Kündigungen befürchten müssen. In anderen europäischen Ländern ist das weit besser geregelt. Einige Gewerkschaften, auch syndicom, versuchen deshalb das Problem auf Ebene der GAV anzugehen. Im neuen GAV UPC steht, dass Mitgliedern der Personalvertretung nicht aus wirtschaftlichen Gründen gekündigt werden darf – eine beispielhafte Regelung!

Welches sind eigentlich die «Interessen» der Belegschaft?

Natürlich stehen anständige Löhne und gute Arbeitsbedingungen im Vordergrund. Allerdings staunen manche Leute, die sich in ANV engagieren und häufig stark idealistisch motiviert sind, manchmal über gewisse Anliegen der Mitarbeiter. Klassiker sind die fehlenden Veloständer und das Kantinenessen. ANV müssen das Ohr permanent am Puls der Mitarbeitenden haben. Personalversammlungen sind dann geeignet, wenn es grössere Probleme gibt, wenn sich die ANV absichern und von der Basis ein Verhandlungsmandat geben lassen will. Oder wenn eine Gewerkschaft dem gesamten Personal ihren Standpunkt darlegen will.

Die ANV als Terrain des gewerkschaftlichen Aufbaus?

Wahlen in Personalvertretungen können die Gewerkschaften nut-

zen, um beispielsweise mit eigenen Listen Präsenz zu zeigen.

Sind ANV auch eine Art Ergänzung zur Personalabteilung und zum betrieblichen Sozialdienst?

Es kommt sehr oft vor, dass sich die ANV um ganz unspektakuläre Alltagsprobleme von Mitarbeitenden kümmern müssen, auch um private Probleme, die gar nicht im Betrieb angesiedelt sind. Viele MitarbeiterInnen vertrauen bei persönlichen Problemen mit Vorgesetzten eher auf die ANV als auf die HR-Abteilung.

Fördern ANV auch die Demokratie innerhalb eines Unternehmens?

Es gibt emanzipatorische Momente, die über die formalen Prozesse dieser Gremien hinausgehen. Ein äusserst bemerkenswerter Aspekt ist die Tatsache, dass es bei den Mitwirkungsrechten nicht darauf ankommt, ob man einen Schweizer Pass hat oder nicht. Alle paar Jahre erhalten die Angestellten die Gelegenheit, zu wählen oder sich wählen zu lassen, egal ob Ausländer oder Schweizer. Zweiter Punkt: Bei wichtigen Entscheidungen wird die Basis in die Entscheidungen einbezogen. Einige Arbeitnehmervertreter sind der Ansicht, dass sie nur ein Mandat zum Verhandeln haben. Entscheiden müsse die Betriebsversammlung.

Gibt es Chancen, von der Mitwirkung zur Wirtschaftsdemokratie zu gelangen?

Man kommt um die ANV nicht herum, wenn man über Wirtschaftsdemokratie diskutiert. ANV tragen dank dem Konsultationsrecht dazu bei, die Arbeitswelt menschlicher zu gestalten. Das Wahlrecht und die Möglichkeit der Belegschaft, ihre Meinung zu sagen, können aber nur zaghafte erste Keime einer möglichen Wirtschaftsdemokratie sein. Die wichtigste Aufgabe von ANV ist derzeit die Umsetzung von GAV im Betrieb. Gewerkschaftsprofis stehen ausserhalb und sehen oft zu wenig in die Betriebsrealität hinein. Wenn es aber beispielsweise um die Ausarbeitung von Alternativen zu grösseren Restrukturierungen geht, kann das eine ANV meist nicht selber bewältigen.

sehen kann. Sie öffnet aber die Perspektive über das Bestehende hinaus und zeigt auf, wie wir, im Hier und Jetzt ansetzend, ins Handeln kommen können.

Die nötige Durchschlagskraft entwickelt die Idee einer demokratischen Wirtschaft aber nur dann, wenn sie als Teil eines gesamtgesellschaftlichen Projektes für «mehr Demokratie» verstanden, von einer breiten gesellschaftlichen Bewegung geprägt, gelebt und permanent weiterentwickelt wird. Was es braucht, sind Koalitionen von Belegschaften, KonsumentInnen, Parteien, NGOs und natürlich den Gewerkschaften. Der direkte Zugang der Gewerkschaften in die Arbeitswelt, ihre Netzwerke, ihr Praxiswissen sind dabei von entscheidender Bedeutung.

Wirtschaftsdemokratie baut auf der gewerkschaftlichen Organisation auf, Gesamtarbeitsverträge sind das Fundament einer demokratischen Wirtschaft. Wirtschaftsdemokratie geht aber über dieses Fundament hinaus. Den visionären Gehalt gemeinsam zu benennen, zu konkretisieren und schrittweise umzusetzen (und dies notabene gegen massiven Widerstand!) ist eine der matchentscheidenden Aufgaben für die progressiven Kräfte in der Schweiz und weltweit.

www.wirtschaftsdemokratie.ch
www.denknetz.ch, hier besonders empfohlen: die «25 Thesen zur Demokratisierung der Wirtschaft»

Pascal Zwicky ist Projektleiter Themenmanagement bei der SP

Heinz Gabathuler, was interessiert Sie als Forscher an den ANV?

Mich interessieren diese Gremien als soziale Institutionen im Spannungsfeld zwischen Belegschaft, Management und Gewerkschaften. Der Betrieb als Ebene der Arbeitsbeziehungen hat in letzter Zeit eine erhöhte Bedeutung erlangt. Dies zeigt sich etwa in der Tendenz, Verhandlungen über Lohnanpassungen von der Branchen- auf die Unternehmensebene zu verlagern.

Die grosse Vielfalt an Bezeichnungen und Formen macht es wohl schwierig, über dieses Thema zu kommunizieren.

In Deutschland ist der Begriff Betriebsrat fest verankert. In der Schweiz hingegen nennen sich die ANV auch Betriebskommission, Personalvertretung oder Angestelltenrat. Diese Gremien finden oft keine gemeinsame Sprache, obwohl sie eigentlich das Gleiche tun. 1952 hatten 2540 Betriebe eine Arbeiterkommission, 61% der ArbeiterInnen wurden von einem solchen Gremium vertreten. Heute wird nicht mehr gezählt, deshalb gibt es keine genauen Zahlen.

Wie kommen Sie denn zu Ihren Informationen?

Eigentlich ist zu den ANV ein grosses Wissen vorhanden, aber leider nur bei den direkt involvierten Personen auf Arbeitgeber- oder Arbeitnehmerseite. Dort versuche ich die Informationen abzuholen, die über die theoretische Situation im Bereich Mitwirkungsrechte

BETRIEBLICHE ARBEITNEHMERVERTRETUNGEN

Von der Belegschaft gewählte Betriebskommissionen oder Personalvertretungen existieren seit dem Ende des 19. Jahrhunderts. Ihre Kompetenzen sind heute einerseits in Gesamtarbeitsverträgen geregelt, andererseits in einer Reihe von Bundesgesetzen (Arbeitsgesetz, Berufliche Vorsorge, OR). Seit 1994 steht im Mitwirkungs-gesetz, dass in Betrieben ab 50 Mitarbeitenden die Beschäftigten das Recht haben, die Einrichtung einer Personalvertretung zu verlangen. Es gibt weder von sozialwissenschaftlicher noch von behördlicher oder gewerkschaftlicher Seite systematische Informationen über deren Verbreitung und Funktionen. (nma)

Vierte Gewalt am seidenen Faden

Die Medien gelten als die vierte Gewalt im demokratischen Staat. In Zeiten der «alternativen Fakten» und der «Fake News» ist das nicht mehr selbstverständlich. Warum also sind freie Medien so wichtig für eine Demokratie? Was unterscheidet überhaupt freie Medien von unfreien? Und was hat syndicom als Gewerkschaft in dieser Diskussion zu sagen? [Nina Scheu](#)

Direkte Demokratie ist anstrengend – das wissen alle, die sich schon durch die Vorlage zum Bau eines Schulhauses, zur Sanierung der Kläranlage oder zur Umsetzung eines Verfassungsartikels gelesen haben. Wer sich seriös mit der Abstimmung auseinandersetzen will, braucht häufig einiges an Informationsmaterial, bis er/sie sich eine eigene Meinung machen kann. Informationsmaterial, das nicht nur von den Befürwortern kommt, sondern von allen erdenklichen Seiten, damit sich ein möglichst vollständiges Bild ergibt. Erst nachdem man vieles gelesen und mit anderen diskutiert hat, bildet man sich eine Meinung und geht abstimmen. Das Gros dieser Infos kommt auch heute noch aus den klassischen Medien: aus Tageszeitungen, Radio und Fernsehen. Die längst nicht mehr «neuen» Medien holen zwar auf, doch langsamer, als die Berichterstattung vermuten liess. Das belegt eine aktuelle Studie der Uni Fribourg, die im Auftrag der Stiftung für Technologiefolgen-Abschätzung, TA-Swiss, die Rolle der Medien im politischen Machtpoker untersucht hat.

VERZERTE WAHRNEHMUNG

Neben Suchanfragen (vor allem bei Google) spielen die sozialen Medien, hauptsächlich Facebook und Twitter, eine wachsende Rolle im Buhlen um die Abstimmenden. Hier tobt der Kampf um die Deutungshoheit. Denn in den sozialen Medien kann posten, wer will. Was auch immer, jederzeit, beliebig oft. Niemand kontrolliert, ob die verbreiteten «Fakten» belegt sind. Im Gegenteil: Je reisserischer ein Facebookstatus oder eine Twitterzeile formuliert ist, desto grösser sind ihre Chancen, per Algorithmus in die grosse weite Welt der Netzwerke gespült zu werden. Wie stark auf diese Weise kleine Gruppierungen in den Vorder-

grund der öffentlichen Wahrnehmung katapultiert werden können, zeigen die sog. Interaktionsraten: die stramm rechte Internetseite «Breitbart» etwa wird über die sozialen Medien in den USA 20 Mal mehr geteilt und geliket als die «New York Times» und das «Wall Street Journal», obwohl die Seite selbst nur halb so viel Aufrufe erzielt wie die der beiden andern Blätter.

en Rechten». Dabei schwingt mit, dass der «Mainstream» von «oben» (der Elite) gelenkt sei – und deshalb Lügen verbreite. Das ist an Absurdität kaum zu überbieten und untergräbt trotzdem (und bewusst) die Glaubwürdigkeit jeder traditionellen journalistischen Recherche. Dabei ist doch gerade das der grosse Unterschied zu den von privater – und oft poli-

Zeit – und darum auch Geld, von dem im Zuge der Medienkrise immer weniger zur Verfügung gestellt wird.

ZEIT IST GELD

Gestresste JournalistInnen haben weniger Zeit für die Recherche, werden unachtsam und begehen eher Fehler. Durch die ständigen Sparmassnahmen, also die «Restrukturierung» und Zusammenlegung der dezimierten Redaktionen entsteht ein dünnfädiger Einheitsbrei, der dem Ansehen der Medien zusätzlichen Schaden zufügt, während gleichzeitig die Informationsmöglichkeiten im qualitativ unkontrollierbaren Internet ins schier Unermessliche gewachsen sind.

FALSCHES FEINDBILD SRG

Um die Ursache für die Krise der Printmedien nicht alleine auslöffeln zu müssen, haben die grossen Verlagshäuser einen gemeinsamen Feind gesucht, der an ihrer Misere schuld sein soll. Gefunden haben sie die SRG, die dank Gebührgeldern tatsächlich unabhängig von den Interessen privater Geldgeber ist und darum vom ständigen Abbau noch weitgehend verschont blieb. TV und Radio profitierten sogar von der Verlagerung der Werbung in die elektronischen Medien. Während die SRG dank ihrer audiovisuellen Inhalte zu den potenziellen Gewinnerinnen in der veränderten Medienlandschaft gehört, haben die Verlagshäuser die Digitalisierung zunächst verschlafen. In ihrer Überzeugung, dass die Wirtschaftlichkeit über allem steht, finden sie nun Partner am rechten Rand der Politik.

Die Printverlage haben einen Sündenbock gesucht – und in der SRG gefunden.

Seit kurzem spannt Tamedia (und mit ihr Verlegerpräsident Supino) im Werbevideobereich mit Goldbach Media zusammen – jener Firma, für die SVP-Nationalrätin Natalie Rickli arbeitet und die mit den Schweizer Werbefenstern ausländischer Privatsender die SRG direkt konkurrenziert. Rickli vertritt im Nationalrat und als Präsidentin der Kommission KVF eine Politik, die die unabhängige

Berichterstattung der SRG unterbinden will. Von dieser Seite kommt also der Vorstoss, dass in Zukunft das Parlament über die SRG-Konzession bestimmen soll. Politiker würden dann darum zanken, was wir wie zu sehen bekommen.

Von Verlegerseite kommt die – von Rickli unterstützte – Idee des «Open Content»: die privaten Medienhäuser könnten von der SRG produzierte Inhalte gratis übernehmen. Das bedeutet nichts anderes, als dass die Gebührenzahler (also wir alle) für audiovisuelle Artikel bezahlt hätten, die Tamedia und Co. dann auf ihren Websites (von «Tagesanzeiger.ch» bis «Ricardo») über Paywalls und Werbegelder an uns zurückverkaufen. Und das Geld, das wir doppelt zahlen, wird aller Wahrscheinlichkeit nach nicht in die Redaktionen investiert, sondern fliesst in die Taschen der Aktionäre. Nun muss sich auch die Anhängerschaft einer unabhängigen und möglichst vielfältigen Medienlandschaft organisieren, denn es geht um die Verteidigung der Informationsfreiheit für uns alle.

DIE AUFGABE DER SRG WIRD IMMER WICHTIGER

Die SRG ist das einzige grosse Medienhaus, das unabhängig von Politik und privaten Finanzinteressen ein breites Informationsangebot für die ganze Schweiz produziert. Ihre Aufgabe wird angesichts des Versagens der klassischen Printmedien immer wichtiger. Darum setzen sich syndicom, SSM und Impressum vehement gegen die «No Billag»-Initiative und für eine politisch unabhängig finanzierte SRG ein. Die Medienorganisationen sind ausserdem Mitglied bei «Medien für Alle» und dem Verein Qualität im Journalismus. Auch bei der Ausbildung reden wir mit: syndicom sitzt im

Stiftungsrat des MAZ. Um eine vielfältige Medienlandschaft zu garantieren, müssen die Arbeitsbedingungen im privat finanzierten Journalismus endlich wieder verbessert werden. Darum kämpft syndicom seit Jahren mit Kampagnen und Aktionen um einen Gesamtarbeitsvertrag, der die Mindestbedingungen etabliert, die es für einen demokratierelevanten Journalismus braucht.



WIR SAGEN KLAR NEIN ZU «NO BILLAG» · Die Initiative will die Finanzen der SRG vollständig kappen. Dies würde das Ende der einzigen unabhängig von politischen oder privaten Interessen finanzierten Berichterstattung für alle Landesteile der Schweiz bedeuten.

In der Schweiz sind die Verhältnisse ähnlich gelagert, wenn auch noch nicht im Internet: Auch hier erreichen professionelle Aufreger wie Blocher, die «Arena» oder die «Weltwoche» mehr öffentliches (Medien-) Echo, als ihnen nach der Grösse ihrer «Community» eigentlich zustehen würde.

VERZERRTES BILD DER MEHRHEITSMEINUNG

Auch bei uns entsteht dadurch ein verzerrtes Bild des gesellschaftlichen Mainstreams. Denn noch orientieren sich deutlich mehr Menschen an den grossen Tageszeitungen als am Blatt des SVP-Politikers. «Mainstream» wiederum ist, neben der vermeintlichen «Elite», eines der neuen Lieblingswörter der «neu-

tischer – Seite finanzierten Interessenspublikationen und Blogs: Während jene veröffentlichten, was die Geldgeber im Hintergrund ihnen diktieren, wird ein nach journalistischen Regeln verfasster Text nicht nur gründlich recherchiert, sondern auch durch die «2-Quellen-Regel» (eine Behauptung wird bei mindestens zwei voneinander unabhängigen Quellen kontrolliert) abgesichert, er wird möglichst neutral verfasst und bei Anschuldigungen erst veröffentlicht, nachdem der kritisierten Person oder Institution die Möglichkeit gegeben wurde, Stellung zu beziehen.

Noch halten sich die meisten Medien in der Schweiz an diesen Ehrenkodex. Diese Art von Journalismus kostet allerdings

WEITERFÜHRENDE INFOS:

«Reclaim Democracy»: reclaim-democracy.org/
Dokumentation, «Demokratie, Medien, Bildung»
TA-Swiss-Studie «Medien und Meinungsmacht»: ta-swiss.ch/Projekte/Informationsgesellschaft
Medien für alle: mfa-mpt.ch
«Qualität in den Medien»: foeg.uzh.ch/de/Jahrbuch